

**Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
vom 22.09.2020**

**Anwesend:**

**(stimmberechtigte)**

Hebich, Martin	Oberbürgermeister
Bindert, Gabriele	CDU
Busch, Tobias, Dr.	CDU
Finke, Stephan	CDU
Schönherr, Sonja	CDU

**Vertretung für Herrn  
Baqué**

Schwarz, Doris	CDU
Höppner, Aylin	SPD
Koch, Gunther	SPD
Schiffmann, Dieter, Dr.	SPD
Hatzfeld-Baumann, Ute	Die Grünen/Offene Liste
Schulze, Rainer, Dr.	Die Grünen/Offene Liste
Trapp, Hartmut	AfD
Piana, Jesko	FWG
Börstler, Thomas	FDP
Schwarzendahl, David	Die Linke

**(nicht stimmberechtigte)**

Berg, Linda	Verwaltung
Kardaus, Jan	Verwaltung
Knöppel, Bernd	Bürgermeister
Leidig, Bernd	Beigeordneter
Münch, Matthias, Dr. med.	Stadtklinik Frankenthal
Roth, Michael, Dr. med.	Stadtklinik Frankenthal
Schubert, Isabel	Verwaltung

**Es fehlen entschuldigt:**

**(stimmberechtigte)**

Baqué, Manuel	CDU
---------------	-----

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr    Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 17.09..2020 auf Dienstag, den 22.09.2020 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 5 wurden in öffentlicher Sitzung im Konferenzzentrum 1 und 2 des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, behandelt.

Als Schriftführende wurden entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates die Mitglieder Stephan Finke und Ute Hatzfeld-Baumann bestimmt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

---

Oberbürgermeister Hebich  
(Vorsitzende/r)

---

Isabel Schubert  
(Schriftführer/in)

---

Stephan Finke  
(Schriftführendes Ausschussmitglied)

---

Ute Hatzfeld-Baumann  
(Schriftführendes Ausschussmitglied)

## **Tagesordnung**

Oberbürgermeister Hebich ergänzt die Tagesordnung um einen mündlichen Bericht von Bürgermeister Knöppel zur Gefahrenabwehrverordnung, welcher der Beantwortung von offenen Fragen der letzten Stadtratssitzung von Herrn Dr. Schulze dient.

### **I. Öffentliche Sitzung**

Vorlagen der Verwaltung

1. Bewerbung um zwei Kassensitze und Gründung eines MVZ als Eigenbetrieb  
Vorlage: XVII/1037
2. Geplantes Neubauprojekt von der ALDI SÜD Dienstleistungs-GmbH & Co. oHG mit angegliederter Kindertagesstätte in der Daniel-Bechtel-Straße  
Vorlage: XVII/0998
3. Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege  
Vorlage: XVII/1027
4. Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die Stadtklinik Frankenthal  
Vorlage: XVII/1000

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

5. Beantwortung von Nachfragen zur Gefahrenabwehrverordnung  
hier: Mündlicher Bericht



Aktenzeichen: 10/B/Wa

Datum:

Hinweis:

**Bewerbung um zwei Kassensitze und Gründung eines MVZ als Eigenbetrieb**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>22.09.2020</b>	Top <b>1</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b>					
<b>10</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter dem Dach eines noch zu gründenden Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) als Eigenbetrieb, sich um zwei Kassensitze für den Bereich Neurologie zu bewerben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen diesbezüglich zu führen und die hierfür notwendigen Voraussetzungen auszuloten.
3. Die Verwaltung unterrichtet die städtischen Gremien laufend über den Stand der Verhandlungen und Rahmenbedingungen.

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor.

Dr. med. Roth erklärt, dass die Bewerbung um zwei Kassensitze für den Fachbereich Neurologie notwendig ist, um die medizinische Versorgung in diesem Fachbereich sicherzustellen.

Dr. med. Münch hebt die weiteren Entwicklungsperspektiven eines Medizinischen Versorgungszentrums (MDZ) hervor.

Ausschussmitglied Höppner bittet um eine Betriebskostenkalkulation, um einen Überblick über die anfallenden Kosten zu erhalten.

Ausschussmitglied Dr. Schulze fragt nach der organisatorischen Handhabung des Medizinischen Versorgungszentrums. Dr. med. Roth erläutert kurz den geplanten organisatorischen Aufbau und Oberbürgermeister Hebich ergänzt dies mit einer Erklärung des Begriffes „Eigenbetrieb“.



Aktenzeichen: 51-1/Schl/51-4/Bor

Datum: Hinweis:

**Geplantes Neubauprojekt von der ALDI SÜD Dienstleistungs-GmbH & Co. oHG mit angegliederter Kindertagesstätte in der Daniel-Bechtel-Straße**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>23.09.2020</b>	Top <b>2</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> <b>51</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die Stadt Frankenthal (Pfalz) befürwortet und unterstützt das geplante Neubauprojekt von ALDI SÜD in der Daniel-Bechtel-Straße im Hinblick auf die Angliederung einer Kindertagesstätte.
2. Die Stadt Frankenthal (Pfalz) schafft die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt die weiteren Verhandlungen zur Anmietung und Betrieb der Kindertagesstätte zu führen.

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich ruft den Tagesordnungspunkt 2 auf.

Beigeordneter Leidig erläutert die Vorlage ausführlich.

Ausschussmitglied Hatzfeld-Baumann möchte wissen, ob bei dem Neubauprojekt eine Wohnfläche oberhalb der Verkaufsfläche geplant ist.

Oberbürgermeister Hebich teilt mit, dass dies noch nicht endgültig feststeht.

Ausschussmitglied Schwarzendahl fragt nach, ob es an dem Gebäude eine Erweiterungsmöglichkeit gibt. Des Weiteren fragt er, ob die angegliederte Kindertagesstätte barrierefrei sein wird und ob Inklusion verwirklicht werden wird.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass es bezüglich Erweiterungsmöglichkeiten noch Gespräche mit ALDI SÜD geben wird. Durch den Bau eines Aufzuges, wird die Barrierefreiheit auch in einem höheren Stockwerk möglich sein. Inklusion wird bereits in anderen Kindergärten in Frankenthal verwirklicht und dies soll auch bei der geplanten Kindertagesstätte der Fall sein.

Ausschussmitglied Piana fragt nach Fördermöglichkeiten.

Oberbürgermeister Hebich stellt klar, dass grundsätzlich Fördermöglichkeiten bestehen, es allerdings geprüft werden muss, ob diese hier erfüllbar sind.

Ausschussmitglied Dr. Schulze möchte wissen, wie der Lärmschutz für den Kindergarten gehandhabt wird.

Oberbürgermeister Hebich zeigt sich zuversichtlich, dass der zumutbare Lärmpegel tagsüber nicht überschritten wird.

Ausschussmitglied Trapp fragt, ob es in der näheren Umgebung des geplanten Neubaus einen Kinderspielplatz gibt.

Oberbürgermeister Hebich erklärt, dass eine Außenanlage vorgesehen ist.



Aktenzeichen: 51-11/Ch/Schl

Datum:

Hinweis:

**Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>22.09.2020</b>	Top <b>3</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<b>Abdruck an:</b> 51					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege (TaPFS) wird beschlossen.



## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Hebich ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf.

Ausschussmitglied Dr. Schulze bittet um zwei Änderungen in der Vorlage:

In der Anlage 3 *Pauschaler Zuschlag für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (§ 5 Abs. 6 TaPFS)* unter dem Punkt *Betreuungsrahmen*, sollte anstatt „ab 20 – 40 Std. pro Woche“ bei der Ganztagesbetreuung „über 20 Std. bis 40 Std.“ stehen, um eine Überschneidung der Zeiten der Ganztags- und Teilzeitbetreuung zu vermeiden.

Des Weiteren bittet er darum eindeutig zu kennzeichnen, dass es sich in der Anlage 5 *Monatliche pauschalisierte Kostenbeteiligung der Kostenbeitragspflichtigen (§ 9 Abs. 1 TaPFS)* jeweils um eine Kostenbeteiligung pro Kind handelt.

Oberbürgermeister Hebich sichert die Umsetzung der gewünschten Änderungen zu.



Aktenzeichen: 51-4/Bor 54-PS/Mü

Datum: Hinweis:

**Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die Stadtklinik Frankenthal**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>22.09.2020</b>	Top <b>4</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen: <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift: <input type="checkbox"/>	
<b>Abdruck an: 51, 54</b>					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Übernahme der Sucht- und Drogenberatung in Frankenthal (Pfalz) für den Bereich der Stadt Frankenthal in den bisherigen Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße 38 durch die Stadtklinik Frankenthal (Pfalz) ab dem 01.01.2021 wird zugestimmt.
2. Das Angebot gilt auch für den Versorgungsbereich des nördlichen Rhein-Pfalz.
3. Die Sucht- und Drogenberatung erfolgt nach dem in der Anlage beigefügten Konzept der Fachstelle Sucht der Stadtklinik.
4. Die Stadt erstattet der Stadtklinik den jährlich anfallenden, nicht anderweitig gedeckten Zuschussbetrag.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die für das Konzept notwendigen Stellen haushaltsrechtlich zu schaffen und unverzüglich zu besetzen.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt die erforderlichen Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit der Stadtklinik und dem Rhein-Pfalz-Kreis auszuhandeln und abzuschließen.

## Protokoll:

Oberbürgermeister Hebich stellt die Vorlage ausführlich vor.

Dr. med. Münch erläutert verschiedene Suchterkrankungen, Zahlen von Suchterkrankungen und den Nachteil, der durch lange Wartezeiten auf Behandlungen für Patientinnen und Patienten entsteht. Er sieht die Integration einer Suchtberatungsstelle in die Stadtklinik als große Chance an. Es soll, neben Außensprechstunden in der Beratungsstelle durch die psychiatrische Institutsambulanz der Stadtklinik, auch Sprechstunden durch die Suchtberatung in der Klinik geben. Das Ziel soll die Schaffung eines ganzheitlichen Modells sein, welches verschiedene Möglichkeiten der Suchthilfe verknüpft. Hierdurch sollen lange Wartezeiten für die Erkrankten reduziert werden und neue Ansätze, besonders für die Suchtprävention, genutzt werden.

Oberbürgermeister Hebich betont, dass die Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal als eine bedeutende und gesellschaftspolitische Aufgabe angesehen wird.

Ausschussmitglied Bindert bittet um eine Stellungnahme zu dem Schreiben des Blauen Kreuzes Frankenthal.

Dr. med. Münch und Oberbürgermeister Hebich nehmen beide Stellung zu den Fragen des Schreibens des Blauen Kreuzes Frankenthal:

Zunächst versichert Dr. med. Münch, dass die Neutralität und Souveränität als eigenständige Beratungsstelle weiterhin gewährleistet wird. Auch wird die Beratungsarbeit mit größtmöglicher Anonymität durchgeführt. Auf der Landesebene wird die Suchtberatung auch künftig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vertreten, welche in den Gremien sind. Hier gäbe es verschiedene Arbeitsgruppen auf Landesebene, die weiter geführt werden sollen.

Oberbürgermeister Hebich versichert, dass die Verwaltung den zeitlich und organisatorisch anspruchsvollen Überleitungsprozess als umsetzbar ansieht.

Ausschussmitglied Bindert möchte wissen, ob die Überleitung, neben der Übernahme des Standortes, auch die Übernahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet.

Oberbürgermeister Hebich stellt klar, dass der vorhandene Standort genutzt werden soll. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht garantiert werden, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernommen werden, da bei jeder Personalauswahl u. a. der Grundsatz der Bestenauslese zu beachten ist. Es wird aber die Möglichkeit bestehen, sich zu bewerben. Die Gespräche, die mit der bisherigen Einrichtung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt werden, seien diesbezüglich ehrlich und zielgerichtet.

Des Weiteren erklärt Oberbürgermeister Hebich, dass die Voraussetzungen für eine Förderung durch das Land vorliegen. Sollte es jedoch keine geben, spiele dies für die Finanzierung der Suchtberatung keine Rolle, da die Weiterführung der Beratung auch ohne Förderung möglich ist.

Dass es bisher keine Beratungsstelle gibt, die in der Trägerschaft eines Krankenhauses ist, sehen Oberbürgermeister Hebich und Dr. med. Münch nicht als problema-

tisch an, sondern vielmehr als einen Vorteil, da hierdurch neue Behandlungspfade eröffnet und passgenaue Lösungen entwickelt werden können. Die Behandlungskette des Suchthilfesystems kann früher als bisher greifen und es können umfangreichere und langfristige Angebote sichergestellt werden.

Bezüglich der Frage, was das primäre Interesse eines staatlichen Trägers sei, eine Suchtberatung zu übernehmen, stellt Oberbürgermeister Hebich klar, dass es sich hier um die Gewährleistung einer größtmöglichen Hilfe für Suchterkrankte und ihre Angehörigen handelt. Das Konzept wurde entwickelt, um eine Verbesserung der suchtherapeutischen Versorgung zu ermöglichen.

Zu der Behauptung des Schreibens, dass die Übernahme im Widerspruch zur Hauptaufgabe der Suchtberatung stehe, erklärt Oberbürgermeister Hebich, dass es sich nicht um einen Widerspruch handelt, sondern um eine öffentliche Aufgabe, die die Stadt vollumfänglich wahrnehmen will.

Ausschussmitglied Börstler unterstützt die Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal. Er möchte wissen, ob die in der Vorlage genannten 125.000,00 Euro im Nachtragshaushalt enthalten sind.

Oberbürgermeister Hebich teilt mit, dass dieser Betrag nicht im Nachtragshaushalt enthalten ist, da die Übernahme der Beratungsstelle erst zum 01.01.2021 erfolgen würde.

Ausschussmitglied Schwarzendahl bittet darum zu beachten, dass die Kontaktaufnahme mit der Beratungsstelle auch für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau umsetzbar sein muss.

Ausschussmitglied Dr. Schulze gefällt das Konzept, allerdings äußert er, dass die Übernahme des aktuellen Personals der Beratungsstelle wichtig sei, da es die Patientinnen und Patienten bereits kennt. Ein Personalwechsel könnte zur Folge haben, dass die Beratungsstelle nicht mehr in dem Maß aufgesucht wird wie bisher. Er möchte eine Stellungnahme zu dem in dem Schreiben des Blauen Kreuzes Frankenthal angegebenen Personalbedarf von acht vollen Stellen. Des Weiteren fragt er, wie viele Stellen die Diakonie in ihrem Angebot vorsieht.

Oberbürgermeister Hebich stellt nochmals klar, dass die Übernahme des bisherigen Personals nicht ausgeschlossen ist und sie einer Übernahme durchaus mit Interesse und Wohlwollen entgegensehen. Er erklärt, dass die Diakonie 2,5 Stellen in ihrem Angebot vorsieht.

Ausschussmitglied Dr. Schulze möchte außerdem wissen, wieso bei den bisher vorliegenden Finanzierungsübersichten, die Kosten zum Betrieb der Beratungsstelle bei einem Betrieb durch die Stadtverwaltung rd. 75.000,00 Euro/Jahr geringer sind, als bei einem Betrieb durch einen freien Träger.

Oberbürgermeister Hebich erläutert, dass erheblich geringere Overheadkosten zu verzeichnen wären.

Ausschussmitglied Schwarz spricht sich dafür aus, dass die Suchtberatungsstelle in Frankenthal bleibt. Dennoch bittet sie darum, die Abstimmung auf einen anderen Ausschuss zu verschieben, da sich die CDU-Stadtratsfraktion noch weiter beraten möchte. Des Weiteren bittet sie um Auskunft darüber, wie die Suchtberatung in Schulen und bei Jugendlichen ablaufen wird und ob es speziell hierfür einen Berater

geben wird.

Dr. med. Münch verdeutlicht nochmals die Wichtigkeit von Prävention. Die Schulprävention muss anders aufgebaut werden, hier müsste man sich konzeptionell entwickeln und Erfahrungen sammeln.

Ausschussmitglied Hatzfeld- Baumann fragt Herrn Dr. med. Münch nach dem im Schreiben des Blauen Kreuzes Frankenthal erwähnten Personalschlüssel.

Dr. med. Münch erklärt, dass er diesen Personalschlüssel nicht kennt.

Oberbürgermeister Hebich verkündet, dass die Vorlage ohne Beschluss in das nachfolgende Gremium zur Abstimmung kommt.



**XVII. Wahlperiode 2019 – 2024**

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

**Beantwortung von Nachfragen zur Gefahrenabwehrverordnung  
hier: Mündlicher Bericht**

**Beratungsergebnis:**

Gremium <b>HFA</b>	Sitzung am <b>22.09.2020</b>	Top <b>5</b>	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
					Enthaltungen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift:	
<b>Abdruck an:</b>					

## **Protokoll:**

Beantwortung von Nachfragen zur Gefahrenabwehrverordnung:

Bürgermeister Knöppel beantwortet mündlich drei Nachfragen von Herrn Dr. Schulze.

Bezüglich des Verbotes des Aufstellens von Tischen, Stühlen, Liegen, Grill- und Kochgeräten entstand die Frage, ob die Möblierung im Ostpark städtisch ist. Nach Kenntnisstand der Stadtverwaltung ist dies der Fall.

Des Weiteren wurde angesichts des Verbotes des Ballspielens, außerhalb der dafür vorgesehenen Flächen, der Ostpark angeführt. Aus Sicht der Stadtverwaltung ist durch die Gefahrenabwehrverordnung eindeutig geregelt, dass sollte eine Belästigung oder Beschädigung mit dem Ballspiel einhergehen, man in diesen Fällen entsprechend eingreifen kann.

Hinsichtlich des Verbotes des Befahrens von Fußwegen mit anderen Fahrzeugen wurde angemerkt, dass viele Fußwege mit Fahrrädern befahren werden. Dies soll in Zukunft so geregelt werden, dass es an den Stellen, an denen Fahrräder fahren und das Radwegekonzept umgesetzt wird, es entsprechend erlaubt sein wird, sodass dort nichts mehr zu beanstanden sein wird.